

## **Stellungnahme zur Anhörung am 13.06.2007 mit dem Thema „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtes der Verbraucherinformation“**

- 1) Es ist unerlässlich, dass für den Bereich der Verbraucherinformation eine bundesgesetzliche Regelung geschaffen wird. Nur so kann eine einheitliche Praxis in Hinblick auf die Verfahren erreicht werden, die den Zugang zu relevanten Informationen ermöglichen. Unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Bundesländern würden angesichts der länderübergreifenden Warenströme und Dienstleistungen und der Mobilität der Verbraucher(innen) zur Intransparenz und zu neuen Hemmnissen führen, die die Umsetzung der entsprechenden Verbraucherrechte behindern.
- 2) Das Verbraucherinformationsgesetz trägt seinen Namen zu Unrecht, solange es sich nur mit Behördendaten befasst und keinerlei Auskunft- und Informationspflichten für Unternehmen vorsieht. Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher ein aktives Marktverhalten an den Tag legen möchten und sollen, das über die Reaktion auf Skandale und die Gefahrenabwehr hinausgeht, dann benötigen sie umfassende Informationen über die Produkt- und Produktionsqualität der am Markt angebotenen Alternativen. Der größte Teil dieser Informationen liegt allein im Verfügungsbereich der Unternehmen und wird auf freiwilliger Basis nicht komplett zur Verfügung gestellt. Ein verantwortliches Verbraucherverhalten, das z.B. auf ökologische oder soziale Qualitäten in der Produktion oder der Zulieferkette Rücksicht nimmt, ist ohne die entsprechenden Informationen aber nicht möglich.
- 3) Die Beschränkung des Geltungsbereichs auf Erzeugnisse im Sinne des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches mindert den Wert des Gesetzes entscheidend und ist sachlich nicht zu begründen. Der Geltungsbereich ist daher auf alle Produkte und Dienstleistungen zu erweitern.
- 4) Die generelle Ausnahme für „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder sonstige wettbewerbsrelevanten Informationen, die in ihrer Bedeutung für den Betrieb mit einem Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis vergleichbar sind“, ist nicht hinnehmbar, da sie den Unternehmen weitgehende Möglichkeiten zur Auskunftsverweigerung einräumt. Hier ist mindestens für eine Abwägung zwischen den Informationsinteressen der Verbraucher und den „schutzwürdigen Interessen der oder des Dritten“ zu sorgen, so wie sie bei den personenbezogenen Daten vorgesehen ist.

Ein Verbraucherinformationsgesetz, das diesen Namen wirklich verdient, muss die Verbraucherinformation als Instrument zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung verstehen und unterstützen. Es sollte deshalb die Grundlage dafür legen, Verbraucherinformation durch staatliche Stellen und Unternehmen als Orientierungshilfe im Markt verbindlich zu verankern. Wir fordern Sie auf, die Chance für die Stärkung der

### Koordinationskreis

Cornelia Heydenreich (Germanwatch), Daniel Mittler (Greenpeace), Daniel Unsöld (BUND), Jens Martens (Global Policy Forum), Peter Fuchs (WEED), Uwe Wötzel (ver.di), Volkmar Lübke (Verbraucher Initiative)

Verbraucherrechte zu nutzen und die bisherigen Mängel im Entwurf des Verbraucherinformationsgesetzes zu beheben.

## Zum CorA-Netzwerk gehören:

Attac | BanaFair | Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) | Chemical Sensitivity Network (CSN) | Christliche Initiative Romero (CIR) | Coordination gegen BAYER-Gefahren | Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre | Earthlink | Eine-Welt-Netz NRW | Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) | FIAN - Deutschland | Forschung & Kommunikation für Konsum, Umwelt und Soziales (FoKus) | Germanwatch | Global Policy Forum Europe (GPF) | Greenpeace Deutschland | Industriegewerkschaft Metall | INKOTA-netzwerk | Kampagne für ‚saubere‘ Kleidung | Kritische AktionärInnen Daimler-Chrysler | Lobbycontrol | Nord-Süd-Forum München | Oxfam Deutschland | Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) | Solidaritätsfonds Demokratische Medien | Stiftung Soziale Gesellschaft - Nachhaltige Entwicklung | Südwind | terre des hommes Deutschland | Transparency International Deutschland | urgewald | Verbraucher Initiative | Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) | Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter (VHUE) | Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) | Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) | Werkstatt Ökonomie | Woman in Europe for a Common Future - Deutschland (WECF)

(Stand: Februar 2007)